

## BVA fragt nach Kindererziehung

Die Bahnversicherungsanstalt (BVA) schreibt zur Zeit Rentner und Rentenantragsteller mit Geburtsjahr 1940 und später an und erbittet Angaben zur Kindererziehung.

Hintergrund für diese Sonderaktion sind die Neuregelungen des sogenannten Kinder-Berücksichtigungsgesetzes, das zum 1. Januar 2005 in Kraft tritt. Demnach wird der Beitragsatz zur Pflegeversicherung für kinderlose Rentenbezieher, die nach dem 31. Dezember 1939 geboren wurden, um 0,25 Prozent von 0,85 Prozent auf 1,10 Prozent erhöht. In der November-Ausgabe der Eisenbahner-Rundschau informierten wir bereits.

### Kein neuer Bescheid

Die BVA ist verpflichtet, die betroffenen Rentenbezieher (soweit nicht nach der Aktenlage ersichtlich) zu befragen, ob Sie Kinder erzogen haben. Falls eine Kindererziehung vorgelegen hat oder vorliegt, sollte der dem Schreiben beiliegende Fragebogen mit den entsprechenden Nachweisen umgehend an die zuständige Bezirksleitung der BVA zurückgesandt werden. Einen neuen Bescheid erhalten diese Rentner nicht, da sich ihr Beitrag zur Pflegeversicherung aufgrund der Kindererziehung nicht ändern wird.

### Erhöhter Beitrag

Sollten keine Kinder erzogen worden sein, ist die Beantwortung des Fragebogens nicht notwendig. Die BVA wird im ersten Quartal 2005 dann den Bescheid entsprechend aufheben und den erhöhten Beitrag zur Pflegeversicherung rückwirkend zum 1. Januar 2005 einbehalten.

Für Fragen stehen die Mitarbeiter der Auskunfts- und Beratungsstellen der BVA unter der kostenlosen Service-Rufnummer (0800) 1177110 zur Verfügung. Zey

# GDBA fordert: EUK muss erhalten bleiben

**Ein gerüttelt Maß an Arbeit hatte die Vertreterversammlung der Eisenbahn-Unfallkasse (EUK) auf der letzten Sitzung im Jahr 2004 in Goslar. Auch wenn die Verabschiedung des Haushaltes für das kommende Geschäftsjahr der gewichtigste Tagesordnungspunkt war, so war doch auch die derzeit laufende Diskussion um den Bestand und die Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung ein wichtiger Gesprächspunkt.**

**D**er Vorsitzende der Vertreterversammlung, Udo Kummerow, machte schon in seiner Eröffnungsansprache deutlich, dass sich viele Zungen, berufene und unberufene, zur Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung äußerten. Da wird manchmal der Bestand in Frage gestellt, da wird der Normierungsauftrag für Unfallverhütungsvorschriften und die Notwendigkeit der Überwachung der Durchführung der Maßnahmen bezweifelt.

Ebenso wird heftig über die Ausgestaltung der Leistungen der gesetzlichen Unfallversiche-

rung diskutiert. So wurde u. a. gefordert, dass die Wegeunfälle nicht mehr von der Versicherung erfasst werden sollen und Renten nach einem Unfall nur noch bei einem realen Einkommensverlust und maximal bis zur Gewährung einer Rente wegen Alters gezahlt werden.

### Belangen der Eisenbahner gerecht werden

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA ist der Auffassung, dass nur eine spezialisierte Unfallversicherungskasse wie die EUK den Belangen der Eisenbahn und der „bahnnahen“ Firmen und ihren Beschäftigten gerecht werden kann. Eine Privatisierung einer solchen Einrichtung ist nicht möglich. Darüber hinaus verbietet sich eine Einschränkung der Leistungen sowie des Aufgabenkatalogs.

Die EUK ist Branchenspezialist, machte der Geschäftsführer der EUK, Dieter Kersten, in seinem Bericht zur Situation der Kasse deutlich. Die meisten der Technischen Aufsichtsbeamten haben neben ihrem Ingenieurstudium auch noch den Eisenbahnerberuf erlernt. Das prädestiniert sie in besonderer Wei-

se im Eisenbahnbetrieb Gefahrenquellen zu erkennen und wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu betreiben und die Unternehmen entsprechend zu beraten. Dass die Kasse auch noch „preiswert“ ist, sei hier nur am Rande erwähnt.

### Unfällezahlen sind rückläufig

Obwohl an der Weisheit, dass jeder Unfall ein Unfall zuviel ist, uralt ist, nahmen es die Mitglieder der Vertreterversammlung mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Unfallereignisse des laufenden Geschäftsjahres im Vergleich mit dem Vorjahr rückläufig sind. So liegen die Arbeitsunfälle mit 2 510 im ersten Halbjahr über 14 von Hundert hinter den Meldungen des Vergleichszeitraumes des Vorjahres. Noch stärker verminderten sich die Wegeunfälle. Hier wurden 559 gemeldet, das entspricht einem Rückgang von fast 18 Prozent. Von den gemeldeten Unfällen waren drei Arbeitsunfälle und ein Wegeunfall tödlich.

Ein wesentlicher Punkt der Vertreterversammlung war die Verabschiedung des Haushaltes

### DB Gesundheits-Service GmbH

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Transnet (VG) haben am 12. November 2004 mit der DB GesundheitsService GmbH die Verhandlungen zur diesjährigen Tarifrunde aufgenommen. Dabei hat es keine Annäherung gegeben.

Die Gewerkschaften fordern die Erhöhung der Gehälter und Zulagen um 4 Prozent und die Angleichung des Tarifgebiets II an das Tarifgebiet I. Außerdem wird eine marktgerechte Anpassung der Tarifstrukturen für Ärzte und Psychologen angestrebt.

Unter Verweis auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten haben die Arbeitgeber lediglich eine Einmalzahlung und zwei noch zeitlich zu bestimmende Gehaltsanhebungen bei einer Laufzeit von 36 Monaten angeboten. Die Angleichung der Tarifgebiete lehnen sie ab.

### Ein Angebot erwartet

Die Verhandlungen werden im Dezember fortgesetzt. Dazu erwartet die VG ein verhandlungsfähiges Angebot. Der Entgelttarifvertrag und der Tarifvertrag für die Ärzte und Psychologen wurden zum 31. August 2004 fristgerecht gekündigt. Zey